

# Steueroasen

**Mehr als die Hälfte des Welthandels wird auf dem Papier über Steueroasen abgewickelt. Mit Stand 2010 schätzt man die hinterzogenen Gelder, die in den Steueroasen versteckt sind, auf 21-32 Bio. Dollar. Großbanken, Industriekonzerne und Hedgefonds benutzen die Steueroasen systematisch, um lästige Gesetze, Aufseher und Steuerpflichten loszuwerden. Gesetzeslücken werden mit Lobby-Hilfe erhalten und neugeschaffen und mit ausgeklügelter Rechtsverdrehung genutzt. Sie werden von Heerscharen teurer Anwälte, Banker und Finanzdienstleister erkundet und an Superreiche, Konzerne und Geldwäscher verkauft.**

Die trickreichen Methoden umfassen Preismanipulationen, überhöhte Rechnungen und fiktive Dienstleistungen. Mit denen rechnen sich die Firmen hierzulande arm, um ihre Steuern zu minimieren. Gewinne und Patentgebühren fallen in Scheinfirmen mit Scheindirektoren in Ländern ohne Kapitalsteuern an, wo leicht tausend Briefkastenfirmen in ein Haus passen. In den um sich greifenden Trusts und Stiftungen sammeln sich Vermögen als Resultat vorenthaltener Löhne und nicht gezahlter Steuern. Die ganz modernen Firmen setzen die Steuerflucht ein, um in den ungeschmälernten Profit der Wertschöpfung zu kommen, die sie längst in Billiglohnländer ausgelagert haben. Produziert wird in China, versteuert wird über irische Trickfirmen letztlich auf den Bahamas, abkassiert wird wo es den Trixern gefällt. So schafft z.B. Apple eine Steuerquote von 1%.

Das Offshore-System der Steueroasen besteht, weil es eine einzige Dienstleistung feilbietet: die Umgehung von Spielregeln, Gesetzen und Regulierungen. Das System leistet nicht nur Steuerflucht. Es überwindet Regeln zur Verhinderung von Drogen-, Menschen- und Waffenhandel, es verschleiern Bestechung, Insiderhandel und wettbewerbswidrige Monopole - und schlichten Diebstahl von Staatsvermögen. 139 Länder der Dritten Welt sind mit 10 Bio. Dollar dabei. Die Entwicklungsländer haben weniger ein Schuldenproblem als ein Problem mit dem gestohlenen und versteckten Offshore-Geld. Sie verlieren durch diese Finanzströme ein Vielfaches der Entwicklungshilfe.

Das Geschäftsmodell der Steueroasen ist also nicht nur Beihilfe zur Steuerhinterziehung, sondern Verbrechenshilfe allgemein. Zu den klassischen Steueroasen zählt die Schweiz. Z.B. bei der Credit Suisse werden 88% der Anlagen als Schwarz- und Verbrechenngeld eingeschätzt. Seit zig Jahren entzieht sich das Kapital rund um die Welt der Kontrolle und der Besteuerung ohne echte Gegenmaßnahmen - erst in jüngster Zeit gingen die USA gegen die Schweiz vor und verlangten Offenlegung der Konten. 2007 wurde in Deutschland die erste Steuer-CD gekauft, und 2012 wurde das Tax Justice Network aktiv. Damit kam die Transparenz gigabyteweise, und 2013 entbrennt eine politische Diskussion um die Abschaffung der Steueroasen.

## Versäumnis

Kaum sind die Missstände ein paar Jahrzehnte im Schwange, und schon überlegen die Politiker, was man dagegen unternehmen könnte. Warum nicht schon vor 30 Jahren? Keiner kann sagen, das wussten wir nicht. Die »Schurkenstaaten« waren doch seit jeher bekannt, und jedem war klar, dass Bankgeheimnis das Synonym für Verbrechenhilfe ist. Das Druckmittel dagegen gab's auch schon immer: Entzug der Bankenlizenz für die Steuerfluchthelfer.

Warum wurden also keine Steuerfahnder eingestellt? Wohl wissend, dass jeder das Vielfache von dem einbringt, was er kostet, wurde es trotzdem unterlassen. Warum wurden keine passenden Gesetze gemacht? Warum hat man zugesehen, wie sich die Steuerfluchtindustrie generalstabsmäßig aufbaute, ohne entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen? Was soll das Kapitulationsargument, da »verliert sich die Spur«? Ist denn nicht Computerzeitalter, wo alles digitale Spuren hinterlässt? Und was soll das Legalitätsargument, »was legal ist, ist auch legitim«? Es ist doch genau umgekehrt, was nicht legitim ist, darf nicht legal sein!

Darf man hoffen, dass sich diese Erkenntnis langsam durchsetzt, wo doch einige europäische Steueroasen jetzt Besserung geloben? Wo Österreich sein heiliges Bankgeheimnis in Frage stellt und sogar gegen Großbritannien argumentiert, wegen der Steueroasen auf britischem Boden? Kann man in der Folge vielleicht sogar erwarten, dass kein EU-Teilnehmer mehr Steuerdumping betreiben darf und sich gleichzeitig mit EU- oder EZB- oder ESM-Subventionsmilliarden finanzieren lässt? Und was ist mit dem Missbrauch des Finanz- und Börsensystems? Ist dort nicht auch endlich Besserung einzufordern, oder braucht das noch ein paar Gigabyte Transparenzbeihilfe und mediale Empörung, bis die Politiker nicht mehr von den Lobbys ferngesteuert werden?

## Schattensysteme

Die amerikanischen Stimmen sprechen von heavy lobbying, die Regulierung wird weakened & delayed, also geschwächt und verzögert. Disguise gambling as hedging ist das Motto, Zocken als Absichern deklarieren. Die Hauptprobleme der Finanzmarktregulierung bleiben seit vielen Jahren ungelöst:

- die Börsen sind nach wie vor Zockplätze mit 95% Eigenumsatz, mit ausufernder Zockerei in den Rohstoff- und Lebensmittelbörsen, bis hin zur Land- und Immobilienspekulation
- das Mikrosekundertrading bleibt ungebremst, es ist eine reine Pervertierung der Anlageidee; die mittlere Haltezeit der Aktien liegt jetzt bei 22 Sekunden
- die Spekulation mit CDS (Kreditausfallversicherungen) bleibt erlaubt, einer der Hauptschadensverursacher bei der Bankenkrise

- der weltweite freie Kapitalverkehr kann immer noch Unheil stiften, indem das Kapital massenhaft in ein Land hineinströmt und durch den plötzlichen Abzug einen Crash verursacht (ca. 20 Staatspleiten oder Beinahepleiten seit 1980)
- von Umsatzsteuer und Haltefristen ist immer nur die Rede, allein beim Eigenkapital wurden die Vorschriften tatsächlich geändert, um die übermäßige Hebelung zu begrenzen
- dafür wird das Schattenbankensystem immer größer, dahin wandert das Neuregulierte ab, um den Regeln zu entkommen

Ehe das überzogene Zocken auffällt, wird es aus der Bilanz ausgelagert und in den Schattenbereich verlegt. Dort ist nicht mehr das unter der Bankenaufsicht stehende Finanzinstitut zuständig, sondern dessen »Zweckgesellschaften«. Die können den unregulierten Raum nutzen, wo Fonds, Private-Equity-Firmen (Kapitalsammler), Hedge-Fonds und Versicherer mit Kreditprodukten sich der Staatskontrolle entziehen.

Der Anteil des Schattenbanksektors ist bereits ein Drittel des Geldmarkts, ca. 60 Bio. Dollar. Und zwar mit wachsender Tendenz, als ob dies System nicht der Auslöser der Finanzkrise von 2008 gewesen wäre. Damals wurden allzu viele Risiken in Zweckgesellschaften verschleiert, bis es crashte. Bei den Schattenbanken waltet dieselbe kriminelle Energie, die die Steuerfluchtindustrie motorisiert. Die Schattenbanken sind findig im Schaffen neuer Finanzprodukte, die nicht unter die geltenden Regulierungen fallen. Dafür werden sie blöderweise mit essentiellen Kostenvorteilen belohnt, denn im Gegensatz zum traditionellen Bankensektor müssen Kreditgeschäfte der Schattenbanken nicht mit einer bestimmten Eigenkapitalquote unterlegt werden, und sie müssen auch nicht über Einlagensicherungssysteme versichert werden. Das bringt Ersparnisse, die als sogenannte Regulierungsarbitrage realisiert werden. Das Risiko wird in Profit umgewandelt, im Bewusstsein dass der Staat einspringt, wenn der Risikofall tatsächlich eintritt.

## Transparenz

Die Schattensysteme sind überall. Im Grunde gehören die Steueroasen dazu, auch die bad banks, und noch mehr: »Da sich die europäischen Bürger gegen die Abgabe ihrer nationalen Souveränität an einen europäischen Staat wehren, schuf man hinter ihrem Rücken einen Schattenstaat, zusammengehalten von einem Bündel zwischenstaatlicher Verträge, mit dem Europäischen Rat als Schattenregierung und einer veränderten EZB als Zentralbank.« Die Veränderung meint den Auftrag der EZB; laut Maastricht-Vertrag sollte es eigentlich die Preisstabilität sein, und dann wurde die EZB an allen demokratischen Gepflogenheiten vorbei zum Banken-Regulierer und – Kreditgeber, und demnächst wohl noch zum Wachstumspusher.

Jetzt scheint allerdings die Zeit der Transparenz zu kommen. Eine Grenze scheint erreicht zu sein, wo selbst die Euro-Politiker sich besinnen und in ihrer blindwütigen Selbstermächtigungssorgie innehalten. Allzulange hat sich der Staat zur Inkassoagentur der Finanzwelt gemacht. Die Euro-Politiker haben unser »Rettungs«-Geld viel zu leicht hergegeben. Sie haben blindlings geglaubt, was Zockerbanker und Ackermänner sagten, also die moralisch besonders minderwertigen Menschen. Sie haben denen die Story vom dräuenden Systemuntergang abgenommen, ohne nachzuprüfen und -zurechnen, ob es wirklich einen unbeherrschbaren Dominoeffekt gegeben hätte. Die Zauberverbote hießen »benötigt« und »systemrelevant« - als ob das Geld nicht auch woanders benötigt würde - und das Prinzip hieß Glauben statt Wissen.

»Informationen über eine drohende Bankenkrise konnte die Politik gar nicht haben, da die Banken auch bei Empfang staatlicher Milliardenhilfen keine Pflicht haben, ihre Positionen offenzulegen,«

sagt die Stimme der Vernunft dazu, und, falls irgendjemand das noch nicht weiß: »Im Zuge des Euro-Rettungsschirms ist entgegen der Rhetorik der verantwortlichen Politiker nicht ein Cent bei der griechischen, irischen oder spanischen Bevölkerung angekommen. Lediglich haben die Geberländer oftmals ihre eigenen Banken als Gläubiger fauler Kredite abgelöst und die Staatsschulden notleidender Länder sogar noch in die Höhe getrieben.« Und als Fazit: »Bankmanager profitieren von der Unwissenheit der Politik. Ihre einzige Leistung mag indes darin bestehen, unwissenden Politikern ein Systemrisiko einzureden, ohne Beweise liefern zu müssen.«

Der fahrlässige Verzicht auf Transparenz bei den Beschenkten verbarg das wahre Ausmaß der Risiken, es verhinderte die Erfassung aller verfügbaren Gelder und kostete den Steuerzahler hunderte von Mrd. Euro. Erst bei der Zypernkrise wurde es anders. Die »alternativlosen« Dogmen galten nicht mehr, die Selbstverständlichkeit der Steuerzahler haftet erst nach allen anderen durfte ausgesprochen werden, und das Unwort Gläubigerbeteiligung wurde respektvoll. Zuvor hatte die deutsche Regierung es bereits in den Mund genommen, nur pflegt die ihr Wort gern zu brechen. Doch die Gläubigerbeteiligung wurde durchgesetzt.

Wie kam es, dass nun salonfähig wurde, was die Stimme der ökonomischen Vernunft seit 5 Jahren gepredigt hatte, und worüber sich die Politik in atemberaubender Überheblichkeit hinweggesetzt hatte? Wachen die Euro-Politiker jetzt auf? Haben sie Nachhilfe in Ökonomie genommen, nachdem ihnen das Scheitern ihrer politischen Manipulierung vor Augen steht? Hat sie womöglich gar die Reue angewandelt, weil sie so viel Unrecht geschaffen haben? Oder liegt es bloß an der zyprischen Finanzstruktur? Den deutschen Banken und Investoren Geld zuschanzen ist ok, bei denen aus der EU wohl auch, aber bei den Russen mit ihrer Geldwäsche!? Da ist die Umverteilungs-Willkür zuende, nicht wahr?

## Schuldbekennnis

Also gilt nun der Steuerzahler haftet erst nach allen anderen. Es wäre nichts dagegen zu sagen, wenn das eine neue Erkenntnis wäre. Aber weil's nur das ist, was die ökonomische Vernunft seit 2008 verlangt, kommt es einen bitter an. Und man kann sich noch nicht mal darauf verlassen. Es ist und bleibt Willkür, auch wenn sich die Euro-Politik in ihrer Selbstherrlichkeit mal für das Richtige entscheidet.

Und wo bleibt das Eingeständnis, wie falsch die Retterei ausgeführt wurde? Wieso kommt die ökonomische Vernunft erst mit 5 Jahren Verspätung zum Zug? Soll man sich freuen, dass es nicht 30 Jahre gedauert hat, wie bei den Steueroasen? Oder soll man sich über die jahrelange Ignoranz ärgern, zumal bei den Finanzmarkproblemen immer noch kein Ende abzusehen ist?

Wieso stehen die Politiker nicht da und bitten um Entschuldigung, weil sie so lange versagt haben? Bei der Globalisierung haben sie tatenlos zugeschaut, wie die Staaten notleidend wurden, weil das Geld in Steueroasen fortgeschwemmt wurde - nein, sie haben durch die Deregulierung sogar kräftig daran mitgearbeitet. Zur Umfunktionsierung der Börsen in Zockerbuden haben sie auch ihren Teil beigetragen. Bei der Banken- und Staatsretterei haben sie die massive Umverteilung von unten nach oben sogar per Selbstermächtigung inszeniert.

Ist denn dafür keine Abbitte fällig? Zumal die Einführung der Gläubigerbeteiligung de facto das Eingeständnis eines billionenschweren Fehlers ist. Und die Steueroasen-Diskussion wirft auch ein Schlaglicht auf politische Versäumnisse und politische Schuld. Zwei Mal ist nun bewiesen, es lässt sich was machen, es ist nur versäumt worden. Und auch der dritte Casus, der Missbrauch der Börsen, schlägt als Versäumnis zu Buche, das mit politischen Mitteln zu bewältigen ist.

## Protest

Es fehlt bloß der Kick, der das in Gang setzt. Nach bisherigem Kenntnisstand ist ein besonderer Anstoß dafür fällig. Die Mißstände sind ja gewollt, von den Profiteuren sowieso, und von den maßgeblichen Politikern auch. Sonst wären die Abstauberstrukturen niemals so perfektioniert worden. Erstaunlich ist eigentlich nur der ausbleibende Protest. Zwar wird in den Südländern gegen Kaputtsparen, Politikwillkür und Jugendarbeitslosigkeit demonstriert, allerdings recht zivil, wenn man bedenkt, dass da eine halbe Generation um ihre Lebensperspektive betrogen wird. Die Tatsache, dass es sich in Deutschland auch so verhält, ist weitgehend unbekannt. Dabei zählt nicht nur die Jugendarbeitslosigkeit (Spanien 50%, Griechenland 60%, EU-Durchschnitt 20%),

sondern auch eine besondere Tücke der Schuldenpolitik. Hierzulande kommt bei den Einkommen keinerlei Zugewinn durch Fortschritt und Wohlstandsgewinne an; inflationsbereinigt stagnieren die Arbeitseinkommen seit 30 Jahren. Dass sie nicht noch wegbrechen, wird klammheimlich durch Schuldenmachen erkaufte. Der Staat hat jedem Deutschen mehr als 100.000 Euro an Lasten aufgebürdet, die mit 5.000 Euro pro Jahr weiterwachsen. Das summiert sich aus Staatsschuld, Pensionsansprüchen, Euro-Rettungslasten und dem Ausverkauf, der den öffentlichen Besitz verramscht, wobei die unterlassenen Infrastrukturinvestitionen nicht mal mitgezählt sind.

Merkwürdigerweise gab es um 1970 herum viele Proteste und sogar militante deutsche Terroristen. Das war in den Jahren, wo wir das beste System aller Zeiten hatten, wo die Banken das Sparergeld einsammelten und die Börsen das Investorengeld, um es der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen - wo die Finanzwelt noch das tat, wozu sie da ist. Seither haben uns Globalisierung und Deregulierung im Griff, mit Steueroasen und Börsenmissbrauch, aber Protest formte sich erst in den 2000er Jahren. Ob man das Niedermachen des World Trade Centers dazurechnen kann, sei dahingestellt. Das war schließlich 2001 und nicht 2008, im Jahr der Bankenkrise. Zumindest entstand Occupy aus dem spanischen Protest gegen die Krise, und es bewirkte: nichts. Die Transparenz, die das Tax Justice Network schuf, ist viel wirkmächtiger - und wohl auch die russischen Geldwäscher.

## Systemkrise

Kann das wirklich wahr sein, dass unsere Politik so funktioniert? Das Beseitigen der Mißstände ist machbar, aber es wird nur angepackt, wenn der Zufall mithilft? Das läuft auf die Bankrotterklärung unseres parlamentarischen Systems hinaus. Die Vorgabe, es werde zum Wohle des Volkes regiert, ist illusionär. De facto gibt es keine gezielte Methode, die widerstrebenden Interessen halbwegs gerecht in funktionable Regeln zu gießen. Regeln und Regulieren klappt nicht wirklich, es wird nur der Anschein davon erweckt. Querlegen, Lobby-Obstruktion und Selbstermächtigung gewinnen immer, außer wenn der Zufall mitmischte. Dass die Willkür regiert, ist die einzige Konstante, auf die man sich verlassen kann.

Sorry wenn sich das nicht wie ein Lob für die schönen neuen Entwicklungen anhört. Ja, die erste Gläubigerbeteiligung fand statt, und die Schließung der Steueroasen wird jetzt politisch gefordert, samt Transparenz und Offenlegung. Hoffentlich ist das nicht nur Gerede, und es setzen sich Politiker durch, welche die Volksinteressen vertreten. Und hoffentlich gibt's dann eine Wiedergutmachung für den Missbrauch und ein Schuldbekenntnis für das Versäumte.

Falls sich niemand als Schuldiger zuständig fühlt: Verantwortlich für die Steuerfahnder sind die Länderfinanzminister, und für die fehlende Gläubigerbeteiligung der Ex-Finanzminister Steinbrück, der Finanzminister Schäuble und die Kanzlerin Merkel.

Wilfried Müller